

## NACHRICHTEN

### AUSLIEFERUNG

#### Europaweit gesuchter Betrüger ins Gefängnis

**Waldshut-Tiengen** – Ein wegen mehrfachen Betrugs gesuchter deutscher Staatsangehöriger wurde nach Mitteilung der Bundespolizei am Grenzübergang Waldshut durch die Schweiz ausgeliefert, um eine Freiheitsstrafe von 18 Monaten zu verbüßen. Der 45-Jährige war bereits im Jahr 2004 durch ein Gericht wegen mehrerer Betrugsstraftaten zu Gefängnis auf Bewährung verurteilt worden. Da der Mann erneut straffällig wurde, sollte er die Haftstrafe verbüßen, war jedoch für das Gericht nicht mehr erreichbar. Daher wurde er europaweit mit einem EU-Haftbefehl gesucht. Nun wurde er von Schweizer Behörden diese Woche der Bundespolizei übergeben, die ihn festnahm und in eine Justizvollzugsanstalt einlieferte.

### POLIZEIBERICHT

#### Autofahrer wiederholt mit Drogensymptomen

**Waldshut-Tiengen** – Ein junger Autofahrer fiel am Montag gegen 22.40 Uhr in Tiengen nach Polizeiangaben durch Drogensymptome auf. Der 21-Jährige war im Rahmen einer Verkehrskontrolle in der Waldshuter Straße gestoppt worden. Ein Test verlief laut Polizeibericht positiv auf die Stoffgruppe THC aus der Cannabispflanze. Es wurde eine Blutprobe erhoben. Bereits im Sommer sei der Autofahrer wegen Rauschgift am Steuer angezeigt worden.

### LIONS CLUB

#### Gewinnzahlen aus dem Adventskalender

**Waldshut-Tiengen** – Der Lions Club Waldshut hat wieder einen Adventskalender mit Losnummern aufgelegt. Die täglichen Gewinnzahlen veröffentlichten wir jeweils, sie sind auch im Internet (www.lions-waldshut.de) einzusehen. Für den Mittwoch, 9. Dezember, wurden die folgenden Losnummern gezogen: 2558 (Frituse), 2180, 1250 (jeweils Parfümerie-Gutschein), 1736, 1825, 2016 (jeweils Gutschein für ein Fahrtraining). Der Erlös aus der Aktion geht dieses Jahr an das Frauen- und Kinderschutzhaus Landkreis Waldshut und die angegliederte Beratungsstelle Courage. Insgesamt wurden 3000 Kalender zum Stückpreis von je fünf Euro verkauft.

## Landkreis investiert in Klimaschutz

- Bauarbeiten auf ehemaliger Mülldeponie Tiengen
- Reduzierung der Methan-gas-Emissionen als Ziel

VON URSULA FREUDIG

**Waldshut-Tiengen** – Einen weiteren Schritt für den Klimaschutz und in die Zukunft des Landkreises Waldshut nannte Landrat Martin Kistler ein neues Bauprojekt in Tiengen. Mit dem obligatorischen ersten Spatenstich signalisierte der Landrat mit den Bundestagsabgeordneten des Wahlkreises den Beginn der Baumaßnahmen auf der ehemaligen Tiengener Kreismülldeponie in der Berghausstraße.

Dort wird in den kommenden Monaten durch Ertüchtigungs- und Optimierungsmaßnahmen die Erfassung und Behandlung des Deponiegases geändert. Deponiegas entsteht bei Abbauprozessen organischer Abfälle und besteht hauptsächlich aus Methan und Kohlenstoffdioxid (CO<sub>2</sub>), die als klimaschädlich gelten. Bislang wird das Gas verbrannt.

Eine zentrale Rolle bei der kommenden Neuorganisation der Deponieentgasung spielen eine verstärkte Saugbelüftung und der Einbau eines Biofilters zum Abbau von Methan. Eine Potenzialstudie aus dem Jahr 2017 hatte ergeben, dass so unkontrollierte Methan-gas-Emissionen auf ein Minimum reduziert werden können. Das Landratsamt geht davon aus, dass die Methan-gas-Emissionen nach der Baumaßnahme im Vergleich zur derzeitigen Behandlung des Deponiegases um 94 Prozent reduziert werden. „Dieses Ergebnis ist sehr erfreulich, da Methan-gas 25-mal klimaschädlicher als CO<sub>2</sub> ist und somit ein wirksamer Beitrag zum Klimaschutz geleistet wird“,



Spatenstich auf der ehemaligen Tiengener Kreismülldeponie in der Berghausstraße: Rita Schwarzlühr-Sutter (von links, Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretärin, SPD), Landrat Martin Kistler und Felix Schreiner (Bundestagsabgeordneter, CDU) freuen sich über die kommenden Baumaßnahmen, die den Klimaschutz unterstützen. BILD: LANDRATSAMT WALDSHUT

heißt es seitens des Landratsamtes. Die Baumaßnahme wird vom Bundesumweltministerium im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) mit rund 300.000 Euro gefördert. Das ist etwa die Hälfte der gesamten Investitionskosten.

Die Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretärin im Umweltministerium, Rita Schwarzlühr-Sutter (SPD), und der Bundestagsabgeordnete Felix Schreiner (CDU) würdigten das Projekt als Beitrag des Landkreises zum Klimaschutz. Sie zeigten sich erfreut, dass es gemeinsam gelungen ist, Fördergelder zu bekommen. Mit Blick auf die Förderung sprach Elmar Weißenberger, Leiter des Eigenbetriebs Abfallwirtschaft des Landkreises, von einer Win-Win-Situation



Restmüll wartet hinter einem Haus in Waldshut auf die Abholung. Bis 1990 wurde Abfall auch auf die frühere Deponie Tiengen gebracht. BILD: ROLAND GERARD

für Umwelt und Bürger im Landkreis Waldshut. Die Bauarbeiten werden voraussichtlich bis April 2021 dauern. Vergleichbare Maßnahmen sind nach Aussage des Eigenbetriebs Abfallwirtschaft

bereits in Planung. Für die ebenfalls nicht mehr genutzten Mülldeponien in Lottstetten und Münchingen hat der Landkreis ebenfalls Potenzialstudien ausführen lassen.

## „Der Landkreis Waldshut hat seine Deponien gut im Griff“



**Hansjörg Rotzinger** vom Amt für Abfallwirtschaft im Landratsamt Waldshut hat als Deponie-Ingenieur die Überwachung und Behandlung der Mülldeponien des Landkreises Waldshut im Blick.

#### Herr Rotzinger, wann war die Mülldeponie in Tiengen in Betrieb?

1960 begann die Verfüllung zunächst durch die Stadt Waldshut-Tiengen, ab 1970 war sie Kreismülldeponie. 1990 war die Grube, die durch den früheren Gipsabbau entstanden war, komplett verfüllt und wurde mit einer zwei Meter dicken Lehmschicht abgedeckt. Rund 150.000 Kubikmeter Abfall aus Haushalten und Betrieben lagert dort. Das Deponiegas wird seither aus der Deponie abgesaugt und über eine Hoch-

temperaturfackel entsorgt. Rechtlich gesehen, befindet sich die Deponie in der Stilllegungsphase.

#### Durch die kommenden Maßnahmen wird der Ausstoß des klimaschädlichen Methangases auf ein Minimum reduziert – hat der Landkreis darüber hinaus noch andere Nachsorgeaufgaben?

Ja, das Sickerwasser aus der Deponie wird uns noch mehrere Hundert Jahre beschäftigen. Es wird aufgefangen, in die Tiengener Kläranlage geleitet und dort gereinigt. Das Oberflächenwasser aus und um die Deponie, das Tugoquell- sowie auch das Grundwasser werden von uns monatlich und von einem unabhängigen Labor in Waldshut-Tiengen vier Mal im Jahr kontrolliert. Die Ergebnisse werden jährlich dem Regierungspräsidium Freiburg als

Genehmigungsbehörde vorgelegt.

#### Was sind mit Blick auf die Deponien die obersten Ziele?

Nach der Deponieverordnung dürfen Mülldeponien das Wohl der Allgemeinheit nicht beeinträchtigen. Durch austretende Schadstoffe dürfen keine Gefahren entstehen, Gerüche und die Beeinträchtigungen für die Umwelt müssen minimiert werden. Der Landkreis Waldshut hat seine Deponien gut im Griff. Die Bevölkerung bekommt kaum was von ihnen mit und die allgemeine Akzeptanz ist groß.

#### Wie lange reicht der Lachengraben noch als Kreismülldeponie und dürfen wir darauf hoffen, dass durch fortschreiten des Trennen und Recyclen Deponien einmal überflüssig werden?

Bis 2080 reicht der Platz in der Deponie Lachengraben noch. Der Landkreis Waldshut sammelt, trennt und wiederverwertet schon heute viel seines Abfalls. Beispiele sind die Verkaufsverpackungen in den Gelben Säcken, die Wertstoffe auf den Recyclinghöfen, die blaue Tonne für Papier und Kartonage, die thermische Verwertung des Rest- und Sperrmülls, sowie die Vergärung der seit 2019 in den Biotonnen gesammelten organischen Abfälle. Es wird aber immer ein Rest bleiben, der nicht wiederverwertet werden kann, zum Beispiel Teile des Bauschutts wie asbesthaltige Platten oder Asche aus Industriebetrieben. Deshalb werden wir Mülldeponien auch weiterhin brauchen.

FRAGEN: URSULA FREUDIG

## Raser muss ins Gefängnis

27-Jähriger erhält nach zahlreichen Delikten in der Vergangenheit keine letzte Chance auf Bewährung mehr

VON PHILIPP ZIMMERMANN

**Waldshut-Tiengen/Baden** – 153 Kilometer pro Stunde (km/h) außerorts statt der erlaubten 80: Wegen einer Fahrt ist ein 27-Jähriger vor dem Bezirksgericht im schweizerischen Baden gestanden. Er beteuerte, nicht in böser Absicht so schnell gewesen zu sein.

Als der Angeklagte in jener Februarnacht in seinem Seat Leon geblitzt wird, schaut er auf den Tacho und begreift: „Es war ein Riesenschok“, erzählt der 27-Jährige vor Gericht. Der Autofahrer ist um 23.40 Uhr nach dem Tiefenwaagkreisel in Ehrendingen in Richtung Schneisingen abgebogen. Er arbeitete als Pfleger in einem Spital, hatte einen

langen Arbeitstag hinter sich. Nach Hause war es nicht mehr weit. Es leuchtete der Vollmond, die Straße war gerade, weit und breit kein anderes Fahrzeug zu sehen. Der 27-Jährige löste den Tempomat, gab Gas: 153 km/h messen die Polizisten auf der Außerortsstrecke. 146 km/h sind es nach Abzug der Toleranz – 66 km/h zu viel. Ab einer Überschreitung von 60 km/h greift der Raseratbestand. „Sie sind ein Raser, so wie Sie da gefahren sind“, sagt Gerichtspräsident Christian Bolleter.

Der Angeklagte kam als Neunjähriger aus dem Kosovo in die Schweiz. Seine Eltern lassen sich später scheiden. „Dann war alles nicht mehr so einfach“, sagt er. Als er 14 Jahre alt ist, nimmt ihn eine Pflegefamilie auf. Er bleibt dort vier Jahre. Er nimmt Drogen. Kommt immer wieder mit dem Gesetz in Konflikt. Bolleter hält ihm vor: Vermögensdelikte, Diebstahl, Sachbeschädigung, Tötlichkeit, Raub, Drogendelikte.

Im Januar 2015 folgt der negative Höhepunkt: Der Angeklagte raubt mit einem Freund, beide verumumt, eine Frau in der Badener Kronengasse aus. Der eine hält das Messer in der Hand, der andere fordert Geld. Sie machen 50 Franken Beute, die fürs Taxi nach Hause draufgehen. Die Polizei veröffentlicht das Bild einer Überwachungskamera beim Limmatsteg, das die Räuber zeigt. Der Angeklagte erkennt sich wieder und stellt sich.

Bei der Verhandlung im Februar 2016 zeigte er sich reuig. Den Drogen habe er abgeschworen, eine Therapie erfolgreich hinter sich, sagte er. Das Urteil lautete auf zwölf Monate Bewährung. Nun liest ihm Gerichtspräsident Bolleter aus dem Protokoll vor, was der damalige Richter dem Beschuldigten klar machte: „Sie sind haarscharf an einer unbedingten Freiheitsstrafe vorbeigeschrammt. Das ist Ihre letzte Chance.“ Wird die Strafe nun widerrufen, muss

er die zwölf Monate absitzen. Einmal noch kommt er mit dem Gesetz in Konflikt. Kurz vor einer 80er-Tafel gibt er Gas und wird innerorts mit 92 km/h geblitzt, nach Abzug der Toleranz sind es 87 km/h. Es bleibt bei einer Buße.

Vor Kurzem hat er seine Stelle in einer Klinik aufgegeben. Trennung in gegenseitigem Einvernehmen. Seit dem verhängnisvollen Abend fuhr er mit dem öffentlichen Nahverkehr zur Arbeit. Die Vorgesetzten kamen ihm entgegen. Er durfte bei der Frühschicht eine halbe Stunde später starten. Doch im Team kam die Sonderbehandlung nicht gut an. Nun arbeitet er temporär, weiterhin in der Pflege.

Die Staatsanwältin fordert eine Freiheitsstrafe von 16 Monaten, davon sechs ohne Bewährung. Sein Mandant könnte die Gefängnisstrafe mit Freigang absitzen, aber der Verteidiger glaubt nicht, dass er als Pfleger so eine Stelle finden würde. „Ich muss doch auch Früh- und

Spätschichten übernehmen können. Das wird nicht gehen.“ Er sagt: „Ich bitte Sie, Herr Richter und Frau Staatsanwältin, mir eine letzte Chance zu geben.“ Sein Verteidiger plädiert auf 14 Monate mit Bewährung und fünf Jahre Probezeit. „Er hat sein Leben in den letzten fünf Jahren radikal geändert“, sagt er. „Wir dürfen das Augenmaß nicht verlieren. Er ist kein Raser, der in einem PS-Boliden illegale Rennen fährt.“

Das fünfköpfige Bezirksgericht Baden spricht den Angeklagten aber im Sinne der Anklage schuldig: 16 Monate teilbedingt, also davon sechs Monate Gefängnis. Statt das Rauburteil zu widerrufen, spricht es eine Verwarnung aus. Der Beschuldigte nimmt das Urteil gefasst auf. Richter Bolleter verweist auf seine Vorstrafen, auf jenen Raub, der ein anderes Urteil verunmöglicht hat: „Wir haben heute keine Möglichkeit mehr, Ihnen eine allerletzte Chance zu geben.“